

SCHUTZ VOR PASSIVRAUCHEN

24. August 2012 15:03; Akt: 24.08.2012 15:25 [Print](#)

So viel investiert die Lungenliga

Am 23. September wird über eine Verschärfung des Rauchverbots abgestimmt. Jetzt gab die Lungenliga bekannt, wie viel Geld sie in die Kampagne steckt. Die Tabaklobby hält sich bedeckt.



Die Lungenliga trägt die finanzielle Hauptlast im Abstimmungskampf für eine Verschärfung des Rauchverbots. (Bild: Keystone)

Rund vier Wochen vor dem Urnengang tritt der Abstimmungskampf um den Schutz vor Passivrauchen in die entscheidende Phase. Die Lungenliga investiert mehr als 1,5 Millionen Franken in die Kampagne - die Gegenseite hält sich bedeckt.

Mit ihrem finanziellen Beitrag trägt die Lungenliga die Hauptlast der Kampagne, erklärt Barbara Weber, Sprecherin der Allianz «Schutz vor Passivrauchen». Ein eigens zu diesem Zweck geöffneter Fonds aus privaten Spendengeldern soll die benötigten Mittel garantieren.

«Dieser Schritt kann Druck erzeugen und die andere Seite zwingen, ihre Zahlen offenzulegen», sagt der Politologe und Kampagnenexperte Louis Perron. Dass es so weit kommt, glaubt er aber kaum.

Die Wirtschaft sei traditionell sehr zurückhaltend, wenn es um Transparenz bei politischen Kampagnen geht. In der Tat gibt das Komitee «Nein zum radikalen Rauchverbot» auf Anfrage keine Auskunft über die finanziellen Mittel und deren Herkunft.

Villiger: «Irgendwo muss das Geld ja herkommen»

Betroffen von der drohenden Verschärfung des Rauchverbots sind besonders die Gastronomie und die Tabakindustrie. Umso überraschender ist die Tatsache, dass sich keiner der angefragten Tabakmultis an der Kampagne gegen die Initiative der Lungenliga beteiligt, obwohl der Tenor einhellig ist.

«Unsere Position ist klar: Wir sind gegen die Initiative», teilt British American Tobacco (BAT) auf Anfrage mit. Die bestehende Gesetzgebung habe sich bewährt, ergänzt Thomas Meyer, Geschäftsführer von Swiss Cigarette. Darin vereint sind die drei grössten Tabakfirmen in der Schweiz: Philip Morris, British American Tobacco (BAT) und Japan Tobacco International (JTI).

Dennoch erklärt Philip Morris, dass sie «keinerlei finanzielle Unterstützung» leiste. Gleiches gilt für BAT. JTI liess eine entsprechende Anfrage unbeantwortet.

Deutlicher wird Heinrich Villiger, Besitzer des traditionsreichen Luzerner Zigarrenherstellers. «Man kann doch nicht einfach sagen, diese Abstimmung interessiert uns nicht.» Es gehe um einen ganzen Wirtschaftszweig, unterstreicht Villiger. «Und irgendwo muss das Geld ja herkommen.»

Villiger selbst unterstützt das Gegenkomitee nach eigenen Angaben mit einem fünfstelligen Betrag. Er erachtet es als legitim, eine solche Kampagne zu unterstützen. Die Zigarettenindustrie habe wohl Bedenken, dass sich die Beteiligung an der Kampagne negativ auf ihre Reputation auswirke.

Parteien mit leeren Kassen

Über ihre Gründe schweigen sich die angefragten Zigaretten-Firmen aus. Laut Thomas Bähler, Geschäftsführer der Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels, geht es nicht um das Produkt, sondern um «gesellschaftliche Fragen». Die Tabakbranche halte sich im Hinblick auf die Abstimmung deshalb zurück, vermutet Bähler.

Kampagnenexperte Perron bezweifelt diese Absicht. Die Tabakindustrie habe natürlich ein Interesse am Ausgang der Abstimmung. «Es würde mich erstaunen, wenn sich diese Firmen nicht auf irgendeine Art finanziell beteiligen.» Der Lüge bezichtigen möchte er sie gleichwohl nicht.

Aufgrund der finanziellen Lage der politischen Parteien ist sich Perron ziemlich sicher, dass diese kein Geld in die Kampagne einschiessen würden. Die Federführung für die Nein-Kampagne liegt bei der FDP. Generalsekretär Stefan Brupbacher gibt jedoch keine Auskunft über das finanzielle Engagement seiner Partei.

Gewerbeverband setzt andere Prioritäten

Louis Perron glaubt generell nicht, dass dem Anliegen in der Wirtschaft ein grosser Stellenwert beigemessen werde. Diesen Befund bestätigt indirekt auch der Schweizerische Gewerbeverband (SGV). Trotz des finanziellen Engagements im Abstimmungskampf werden die Ressourcen vor allem für die Bekämpfung des Raumplanungsgesetzes verwendet.

«Sollte die Tabakindustrie tatsächlich kein Geld geben, hätte das Gegenkomitee wirklich ein Problem», erklärt Perron. Dann würde ein Grossteil der Kosten an Verbänden wie Gastrosuisse hängen bleiben.

Gastrosuisse beteiligt sich mit einem «bescheidenen Betrag» im Rahmen der nationalen Abstimmungskampagne, wie der Verband auf Anfrage mitteilt. Auch hotelleriesuisse möchte das «finanzielle Engagement nicht öffentlich kommunizieren».

(sda)